

Luzern, 20. April 2005

Europa wächst – zusammen? Die Stimme der Armen im Kampf gegen Ausgrenzung

Unter diesem Titel fand am 14. April 2005 in Luzern eine von ATD Vierte Welt und RomeroHaus Luzern organisierte Veranstaltung statt. Sie thematisierte Armut und Ausgrenzung in der ganzen Breite und liess unter anderem Betroffene zu Wort kommen.

Rund 180 Personen besuchten die Veranstaltung, die das Thema Armut und Ausgrenzung von den verschiedensten Seiten beleuchtete. Hier einige Informationen und Auszüge aus den verschiedenen Referaten.

Allgemeine Informationen:

Die «Vierte Welt», Menschen die in Armut leben, gibt es überall, auch bei uns. Wir können sie nicht mit dem Hinweis auf die Dritte Welt «wegreden».

In der Europäischen Union der 15 zählte man bereits 68 Millionen Personen mit Armutsrisiko, das heisst 15% der Gesamtbevölkerung (verglichen mit 14.5% in der Schweiz)!

In der Schweiz sind 850 000 Personen armutsgefährdet, mehr als 700 000 leben in Armut, jedes 10. Kind! Im Januar 2004 haben ungefähr 300 000 Personen Sozialhilfe bezogen, 10% mehr als im Vorjahr!

Der Europarat, die gesamteuropäische Organisation mit heute 46 Mitgliedstaaten, zu denen auch die Schweiz gehört, hat sich zur Aufgabe gestellt, Trennlinien in Europa zu überwinden («overcoming dividing lines»), politisch und sozial: Der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung ist eine seiner grossen Herausforderungen.

Dabei geht es um Menschen, nicht bloss statistische Einheiten. Menschen, die um Anerkennung kämpfen, indem sie ihre Erfahrungen darstellen und ihre eigenen Anstrengungen gegen die Ausgrenzung und für die Teilnahme in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik zur Sprache bringen.

Warschau 2004

In Warschau haben sich letztes Jahr mehr als 400 Armutsbetroffene aus ganz Europa zusammen mit Persönlichkeiten aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu einer Aussprache über ihre Perspektiven für ihren eigenen Beitrag zu einem solidarischen Europa getroffen, mit ihren je eigenen Erfahrungen, zum Beispiel mit Obdachlosen in Polen, mit elternlosen oder behinderten Kindern in Russland oder Rumänien. Sie wollten zeigen, dass auch sie Partner im Aufbau eines Europas der Menschenwürde sind.

Aussagen von Armutsbetroffenen

«Ich war Zeugin der Furcht vor diesem Treffen von Warschau. Wer wird uns zuhören? Wer wird mit uns sprechen wollen? Ich habe nicht einmal anständige Kleider, wie sehe ich denn aus? Wie werden wir dort zur Verständigung kommen? ...

Nach einer Weile haben wir uns aneinander gewöhnt, in den kreativen Werkstätten und beim Lernen wichtiger Wörter in den verschiedenen Sprachen. Und dann haben die Ärmsten das Wort ergriffen. Und die andern haben zugehört und zusammen diskutiert, während drei Tagen. Nach dem Treffen haben zwei Armutsbetroffene mir gesagt: Dieses Treffen hat mich ermutigt zum Amt zu gehen und um eine Wohnung für mich und meine Familie zu kämpfen. Es ist wunderbar, dass wir gleich denken und fühlen, auch in den wichtigsten Sachen. Ich habe mich wie unter Gleichgesinnten gefühlt.» (Anna Sleznik, Polen)

«Wie weiter nach der Konferenz in Warschau?

Wahrscheinlich haben wir damals auf irgendwelche Anweisungen gewartet. Heute weiss ich, dass es anders war. Die Veränderungen waren langsam, langsam aber sichtbar. Das Verständnis, dass nicht alles sofort gross werden kann, hat viel Zeit gebraucht. Es hat sich aber gelohnt. Ich habe begonnen zu verstehen, dass es sich hier um das Gefühl der Verantwortung für die andern handelt und auch um das Anhalten der Angst. Aber vor allem um das Nicht-Wegschauen auf der Strasse, auf dem Bahnhof, in den Passagen. Es ging um das Sehen.» (Anna Pietrzak, Polen)

«In Polen, da war es wirklich wie in einer Familie ... In der Schweiz erlebte ich das selten. Es wird bei uns zu viel auf das Äussere gesehen. Und was der andere gelernt hat. Und dann mit der Zeit glaubst du auch: Du bist nichts, hast nichts ... Und dann gehst du nach Polen und spürst: Wir sind alle gleich. Es muss ein Vertrauen in den Menschen da sein.» (Maja Isufi-Seiler)

«Alle denken nur an eines: Wie kann ich eine Arbeit finden, nützlich sein? Einen Sinn im Leben haben?» (Noldi Christen)

Zwei russischen Frauen sind mit benachteiligten Kindern engagiert, die grosse Schulschwierigkeiten haben. Sie zeigten uns sehr würdevolle Foto-Portraits von ihnen. Sie hatten grosse Moskauer Fotografen gebeten, als Freiwillige jedem Kind zu helfen, ein ganz persönliches Fotoalbum zu kreieren ... und sie berichteten uns, wie das Selbstbild der Kinder sich dadurch verändert hat, ihr Selbstwertgefühl ...» (Noldi Christen)

«Nach einem Spitalaufenthalt schlug mir der Arzt vor, an einer Studie mitzumachen, um der Forschung zu helfen ... In dem Fragebogen musste man ankreuzen welche Schulen man besucht hat. Da wusste ich nicht, was ich ankreuzen sollte ... Für meine „Schullaufbahn“ war in dem Fragebogen kein Kästchen vorgesehen. Ich hatte das Gefühl, nicht dazuzugehören ... Weil wir ausserhalb der Norm stehen, kommen wir im Denken der andern nicht vor ... Häufig werden wir gar nicht um unsere Meinung gefragt. Andere entscheiden für uns, ohne uns anzuhören. Oder sie erledigen unsere Aufgaben an unserer Stelle, anstatt sich Zeit zu nehmen, um es uns zu erklären, damit wir sie selber erledigen können. Sie geben uns keine Chance, die Verantwortung zu übernehmen. Damit der Ärmste seine Stimme einbringen kann, braucht er Menschen, die ihn ernst nehmen und die ihm zuhören, nicht als Therapie oder weil sie etwas Bestimmtes von ihm wollen, sondern weil er als Mensch wichtig ist.» (Nelly Schenker)

Nationalrätin Rosmarie Zapfl-Helbling

Nationalrätin Rosmarie Zapfl-Helbling, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sieht in der steigenden Armut eine Bedrohung der sozialen Kohäsion in Europa: Immer mehr Menschen sind ohne Zugang zu angemessener Beschäftigung, bezahlbaren Wohnungen, sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und Bildung; zu viele sind ausserdem vom Leben in der Gesellschaft ausgeschlossen. Der entschlossene Kampf gegen Armut und Ausgrenzung muss zu den Prioritäten des Europarates, dem Hüter der Menschenrechte in Europa, gehören. Dies muss am kommenden 3. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der

Mitgliedstaaten (13. Mai 2005 in Warschau) bekräftigt werden. Eine Strategie der sozialen Kohäsion in allen Mitgliedstaaten soll eine gemeinsame Aufgabe der Staaten und öffentlichen Organe ebenso wie der Zivilgesellschaft und von Einzelnen und Familien sein. Die Behandlung der schutzbedürftigen Menschen ist für uns oft ein Prüfstein für die Demokratie in einem Land. Wir bauen auf die notwendige Partnerschaft mit armen und ausgegrenzten Menschen, mit Hilfe des partizipativen Status einiger Nichtregierungsorganisationen wie der ATD Vierte Welt beim Europarat.

Studie zu nationalen Aktionsplänen

Im Laufe des Podiumsgesprächs haben zwei Absolventinnen der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern auf die Nationalen Aktionspläne der EU Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hingewiesen und vor allem auf den Einbezug von Armutsbetroffenen in die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation solcher Aktionspläne: Dieser Einbezug dient ohne Zweifel der Qualitätssteigerung und der integrativen Wirkung solcher Pläne und der Akzeptanz von nötigen Veränderungen. Gleichwertiges gibt es in der Schweiz (noch) nicht; ein diesbezügliches Postulat (Paul Rechsteiner) liegt im Nationalrat auf Eis. Immerhin haben kürzlich 110 Nationalräte (von 200) ein neues Postulat (Rossini, Egerszegi, Gadiant, Graf, de Buman, Studer) unterzeichnet, welches die Einberufung einer nationalen Armutskonferenz während jeder Legislatur, mit aktiver Teilnahme von Armutsbetroffenen, fordert.

Podiumsgespräch:

Jürg Krummenacher, Direktor Caritas Schweiz, macht sich Sorgen um die Diskussionskultur und das Klima in der sozialpolitischen Auseinandersetzung in der Schweiz: Sozialhilfe- und IV-Empfänger stehen unter Missbrauchsverdacht, müssen sich allenthalben rechtfertigen. Bei den Unternehmen steht soziale Verantwortung nicht mehr im Kurs. Trotz einer allgemeinen «Ethikwelle» wird die Ethikfrage gerade in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik ausgegrenzt. Wer spricht noch von «Gemeinwohl» und sozialer Gerechtigkeit?

Gegenwärtig muss sich der Kampf gegen Armut in der Schweiz auf der politischen Ebene auf gezielte Einzelprojekte konzentrieren: ein Bundesrahmengesetz für die Sozialhilfe, angemessene Kinderzulagen nach dem Prinzip «jedes Kind eine Zulage», Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien. Die wachsende Jugendarbeitslosigkeit verlangt zusätzliche und besondere Massnahmen.

Für **Walter Schmid, Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit und Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)**, geht es darum, die neuen Richtlinien für die Sozialhilfe korrekt und effizient überall umzusetzen, wobei Integrationsbemühungen nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, das heisst im Arbeitsmarkt, sondern auch im sozialen Bereich anerkannt und gefördert werden müssen. Er wünscht sich, dass seine frühere Initiative als Sozialdirektor in Zürich für die Schaffung eines «Klientenrates» mit beratender Funktion verwirklicht werden könnte.

Annelise Oeschger, Präsidentin der INRO-Konferenz des Europarats, plädierte mit Engagement für eine Ratifizierung der Sozialcharta des Europarats mit dem revidierten Artikel 30 (Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung). Die Schweiz ist durchaus in der Lage, den Verpflichtungen aus der Sozialcharta nachzukommen, warum sträuben sich die Politiker dagegen, dass sich die Schweiz europäisch dafür verbürgt und einsetzt? Übrigens waren Mitarbeiter der Bewegung ATD Vierte Welt massgeblich an der Vorbereitung der EU Beschlüsse für nationale Aktionspläne gegen Armut und Ausgrenzung beteiligt.

Marie-Rose Blunsi, ATD Vierte Welt Schweiz, wünscht die Schaffung von strukturierten Begegnungsmöglichkeiten für armutsbetroffene Personen und Familien mit ihren Mitbürgern, das heisst Räume, wo sie sich gegenseitig als Menschen begegnen und, vom Leben ausgehend, Probleme erkennen, deuten und lösen können. Es gibt heute Studien, die in Partnerschaft

zwischen Armutsbetroffenen, Praktiker und Forschern erarbeitet wurden, wie zum Beispiel eine belgische Studie, in welcher gemeinsam eine neue Reihe von Armutsindikatoren ausgearbeitet wurden.

Ruedi Meier, Stadtrat und Sozialdirektor Luzern, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, wünscht sich Luzern als ein Gemeinwesen, das auch solidarisch mit den Armen zu handeln weiss und willens ist.

Eugen Brand, Generaldelegierter der Bewegung ATD Vierte Welt

Eugen Brand machte darauf aufmerksam, dass «den Armen eine Stimme geben» auch die Gefahr birgt, mit der Zeit zu einem Schlagwort oder zu einer gut eingespielten Methode im Bereich der Armutsbekämpfung wird. Er hört immer wieder von Betroffenen, dass «eine Stimme bekommen» ohne Versöhnung nicht möglich ist. Es braucht eine Versöhnung mit sich selber, mit seinem direkten Umfeld, zwischen Armen und Reichen sowie Völkern im Norden und Süden.

Für ihn ist Versöhnung zwischen Arm und Reich eine Verantwortung, die sich an alle richtet. In dieser Verantwortung geht es für ihn darum, die Geschichte zwischen den Armen und Reichen gemeinsam in einem neuen Licht zu sehen und zu bearbeiten. Sich die Frage zu stellen, was in unserem kollektiven Gedächtnis haften geblieben ist vom Leben und Leiden der Ärmsten?

Es darf, so meinte Eugen Brand, nicht darum gehen, mit den Ärmsten in ihrem Leid zu versinken; oder dieses in oberflächliche Hoffnung umzudrehen; das wäre gefährliche Ideologie.

Es geht ihm darum, uns zu hinterfragen, wie weit all dieses Leiden unser Denken und Suchen nach Gerechtigkeit geprägt hat und wie es sich in unseren Gesetzen niedergeschlagen hat.

Es geht darum, mit den Armen dieses Leid im Gemeinschaftsleben umzusetzen. Nur so kann Brücken-schlagendes Vertrauen wachsen.

Zusammengetragen von Hans-Peter Furrer, Präsident ATD Vierte Welt Schweiz